

---

**17054/J XXVII. GP**

---

Eingelangt am 05.12.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

## ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Gerhard Kaniak  
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz  
betreffend **Ärzte-Umfrage**

Das Medium oe24.at veröffentlichte vor Kurzem folgenden Artikel:<sup>1</sup>

### **Ärzte-Umfrage: Mehrheit sieht große Engpässe bei Patientenversorgung**

*Am Dienstagvormittag wurden die Ergebnisse der Wiener Spitalsumfrage 2023 bekannt.*

*Die Umfrage (1.887 Befragte von 28. August bis 18. September, Schwankung max. 2,3 %) zeichnete ein noch schlechteres Bild wie voriges Jahr. Der Aussage, es gebe große Engpässe bei der Versorgung der Patienten an Wiener Spitälern, stimmten 84 Prozent aller befragten Spitalsärzte voll oder eher zu. Im Vorjahr stimmten dieser Aussage noch sechs Prozent (78 %) weniger zu.*

*Einhergehend damit stimmten 77 Prozent der Aussage, die Stadtpolitik würde nichts oder eher nichts gegen Probleme an Wiener Spitälern tun, zu. Die aktuellen Rahmenbedingungen würden laut 67 Prozent der Ärzte zu einem Qualitätsverlust in der Patientenbetreuung führen. Noch einmal 20 Prozent würden dieser Aussage eher zustimmen - insgesamt also 87 Prozent.*

### **Unzufriedenheit liegt nicht nur in der Politik**

*Aber, und das betonte Meinungsforscher Peter Hajek auch, liege die Unzufriedenheit nicht nur in der Politik. Mit der Unternehmensführung etwa seien 61 Prozent der Befragten unzufrieden. Fast jeder Arzt (90 %) habe Verständnis dafür, wenn Kollegen, auch Pflegekräfte, kündigen. Zudem befanden 43 % der befragten Wiener Gesundheitsverbund-Ärzte die Spitalsinfrastruktur als belastend, 60 % die IT-Ausstattung.*

*Stefan Ferenci, Wiener Ärztekammer-Vizepräsident, klagte, dem Spitalpersonal werde keine Perspektive geboten. Das Personal müsse*

---

<sup>1</sup> <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/aktuell/aerzte-umfrage-mehrheit-sieht-grosse-engpaesse-bei-patientenversorgung/575556957>

*leistungsgerecht und marktkonform bezahlt werden, um ein öffentlich finanziertes solidarisches Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten. Am 4. Dezember soll in der Wiener Innenstadt ein Protestmarsch stattfinden.“*

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

### **Anfrage**

1. Wie bewerten Sie das in obigem Artikel angesprochene desartöse Umfrageergebnis für Wien?
2. Was unternehmen Sie als zuständiger Bundesminister dagegen?
3. Lässt sich diese Umfrage auch auf andere Bundesländer umlegen bzw. gibt es derartige Umfragen auch für andere Bundesländer?
  - a. Wenn ja, welche und mit welchen Ergebnissen?